

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Postgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 41.

Berlin, den 13. Oktober 1912.

13. Jahrgang.

Der achte christliche Gewerkschaftskongress.

Ein goldener Herbsttag liegt über der Kongressstadt Dresden. Heller Sonnenschein überflutet die Wunderbauten des deutschen Elbflorenz. Welch herrliche Sprache reden diese Bauten von Lebensfreudigkeit und Schönheit. Die rasch dahineilenden Flußfluten der Elbe, die sich für einen Augenblick an den mächtigen Pfeilern der neuen, mächtigen König-Augustbrücke brechen, geben dem wunderbar architektonischen Bild seine Unterlage. Sie singen auch das ewige Lied von der Vergänglichkeit. — Wo ist der Schwärmer all dieser Herrlichkeiten, August der Starke, Herzog von Sachsen und zugleich König der Polen? Sein Herz ruht in der Hofkirche zu Dresden, seine Leibeigener aber ruhen in dem fernen Krakau, in der königlichen Königsgruft auf der Wawel. Immer wieder empfinde ich den furchtbaren Kontrast zwischen hier und dort, als ich an dem schmucklosen Kupferberg in der Königsgruft, die erfüllt von starkem Robergeruch, stand. Deine Werke, großer Herzog, halten die Erinnerung wach, sie erzählen uns von untergegangenen, glanzvollen Zeiten.

Ein anderes Wahrzeichen, ein Zeichen der neuen Zeit, beherrscht das Stadtbild. Kraftvoll und stark herragt der neue Rathhausturm alles; er ist gleichsam ein Symbol von Deutschlands Einigung, Fortschritt und Stärke. Weit hinaus grüßt er in die Lande, seine Lichtungen zeigen uns ständig den Stundenrigger, eine Mahnung, nicht zu rasten und zu ruhen. Für uns Bauarbeiter schließt das neue Dresdner Rathhaus bereits einen sehr bedeutungsvollen Vorgang ein, vollzogen sich doch in ihm die letzten Phasen des großen Bauarbeiterkampfes in 1910.

Die Anlagen der Stadt prangen in herblichem Latterschmuck, die in millionenfacher Zahl die Pfadefrieseln. Von den die Elbe begrenzenden Höhen blüht das helle Gold und das tiefdunkle Grün der Silber herab. Das ist die zur Ruhe sich legende Natur. In den Herzen der aus allen Teilen Deutschlands herbeigeeilten Delegierten aber herrscht keine Abgespannung, sondern eine von frohen Hoffnungen getragene Frühlingsstimmung. Erfüllt von Weitschichtigkeit und dem starken Willen zur Tat, warten sie, daß die Verhandlungen des Kongresses die Arbeitslust auslösen. Es gilt, die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in kräftigen Bahnen zu erhalten. Wie das Rathhaus der Stadt Dresden ein Bild ihrer Stärke darstellt, so soll die christliche Gewerkschaftsbewegung ein starker Hort der christlichen Arbeiter Deutschlands sein. Das ist nicht nur der Wunsch der hier anwesenden Delegierten, sondern er quillt aus Hunderttausenden christlicher Arbeiterherzen herbar. Es muß unser Ergebnis in weihewolter Stunde sein, mit neuer

Kraft und zäher Ausdauer an die Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften heranzutreten. J. B.

Die Dresdener Kollegen hatten am Sonntagabend zu Ehren der erschienenen Delegierten einen Begrüßungsabend im Saale des Zoologischen Gartens arrangiert. Zwischen üppigem Grün prangten die Statuen unseres Kaisers und des Königs von Sachsen. Eine Anzahl Reichstagsabgeordneter und Vertreter von Behörden waren erschienen. Kollege Vogt-Dresden überbrachte die Grüße der sächsischen christlich-organisierten Arbeiterschaft. Er gab der Begrüßung Ausdruck, daß der diesmalige Kongress in Sachsens Hauptstadt stattfindet. Er hoffe, daß er der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Sachsen einen kräftigen Anstoß geben möge. Kollege Behrens hielt die Festrede, die mit kräftigem Beifall aufgenommen wurde. Das Fest, an dem eine Militärkapelle und der Männergesangsverein mitwirkten, nahm einen glänzenden Verlauf.

Am Montagmorgen 1/9 Uhr wurden die Verhandlungen des Kongresses eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Schiffer und Behrens gewählt. In das Präsidium wurde u. a. vom christlichen Bauarbeiterverband Kollege Hilbebrandt-Berlin gewählt.

Als Vertreter der Reichsregierung und des Ministeriums des Innern begrüßte Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stiefert den Kongress. Er betonte, daß die Reichsregierung großes Gewicht auf die Fühlung mit den Arbeitern lege, um deren Bedürfnisse kennen zu lernen. Die christlichen Gewerkschaften ruhen auf christlich-nationaler Grundlage und auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse. Von diesem Fundament aus wollen sie die großen wirtschaftlichen Probleme lösen, die Interessen der Arbeiter vertreten und damit dem Gemeinwohl dienen. Die Reichsregierung wünscht, daß die christlichen Gewerkschaften auf diesem Wege weiterschreiten und er wünscht als Regierungsvertreter in diesem Sinne den Kongressverhandlungen besten Erfolg.

Als Vertreter der sächsischen Regierung begrüßte Herr Geheimrat Schnippe den Kongress. Als Vertreter der Stadt Dresden Herr Dr. Temper. Eine große Zahl Vertreter konfessioneller Vereine und politischer Parteien überbrachten dem Kongress ihre Grüße. Aus allen Klang das hohe Interesse heraus, das diese an den christlichen Gewerkschaften nehmen.

Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Bischofs Herrn Dr. Schäfer von Sachsen. Er erinnerte an die Zeit, wo das Werden der christlichen Gewerkschaften einsetzte. Es galt, unter Ablehnung der christentums- und vaterlandsfeindlichen Tendenzen anderer Gewerkschaften den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächsten eine Machtposition zu schaffen, die ihnen die tatkräftige Vertretung ihrer Interessen ermöglichte. Das sollte nicht von dem Boden eines verwässerten Christentums aus geschehen, sondern die sich hier die Hand zu gemeinsamer Arbeit reichten, konnten dem treu bleiben, was sie waren. Die bisherige Praxis der christlichen Gewerkschaften hat nicht bewiesen, daß sie von diesem Boden abgewichen sind. Ohne Vorurteil und ohne Hintergedanken sollen sich die christlich-nationalen Arbeiter zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen vertrauensvoll die Hand reichen zu einträchtigem Zusammen-

arbeiten. Diese Ausführungen fanden bei den Kongreßteilnehmern lebhaften, spontanen Beifall.

Nach den Begrüßungen ergriff Kollege Stegerwald das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts.

Die rote Woche von Chemnitz.

II.

Ein Thema, das mit gewerkschaftlich-parlamentarischen Forderungen enge zusammenhängt, hatte der bekannte Christentöter, Genosse Que, mit seinem Referat über vermehrte Bergarbeiterbeschäftigung berührt, wozu eine lange Resolution angenommen wurde, die allerdings dem Umfang der Que'schen Rede entsprach. In dieser Resolution wird verlangt: 1. eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden; 2. Ausschluß von Arbeitern unter 18 Jahren von unterirdischer Tätigkeit; 3. „Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird“; 4. Anstellung von Frauenkontrollseuren; 5. Vereinfachung einer genügenden Anzahl von Rettungsapparaten; 6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeeinrichtungen.

Die Resolution klingt ja sehr überzeugend; aber die Rede ihres Begründers Otto Que wäre auf den objektiv denkenden Beobachter sicher wirksamer gewesen, wenn Que sich der Übertreibungen und des zeitweiligen Gesichts auf den „Zentrums-gewerkschaften“ enthalten hätte. Dabei ist interessant, daß, als Que mit Schmierenspathos von dem „verbrecherischen Streikbruch der Christen“ sprach, nur in der hintersten Ecke des Saales ein einziges schüchternes „Pui!“ ertönte. Trotz der ottonischen Versicherung, daß er jeden „einen frechen Lügner“ nenne, der behauptete, daß dieser rote Streik aus politischen Gründen angefangen wurde, hat die Genossenheit an diesem „Erfolg“ anscheinend so satt, daß keiner mehr ein Wort über die Sache sprechen, vielleicht auch keines mehr hören wollte.

Wie sich doch die Zeiten rasch ändern! Was haben die Genossen damals nicht für einen Krach in der Presse gemacht! Und jetzt empfindet man die Diskussion über diesen verpöchtesten aller deutschen Streiks so unangenehm, wie die Frage nach dem Streik im Hause des Gehängten. Noch nie war aber auch die deutsche Sozialdemokratie so klein erschienen, als nach dem verunglückten Ruhrbergarbeiterstreik, dem man mit tausend Hoffnungen entgegen sah und der dann so kläglich zusammenbrach. Darum ist man auf dem Gebiet so bescheiden geworden; eine Tugend, die sonst nicht zum Rüstzeug der Partei- und Gewerkschafts-genossen gehört...

Ein Charakteristikum für die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie, und ihr Verständnis dafür, bildet die privat ausgesprochene Meinung eines radikalen, führenden Genossen (Redakteur), daß man statt der Behandlung der Bergarbeiterfragen lieber noch weiter über die „Dämpfungaktion“ in freijünnigen Wahlkreisen bei den Stichwahlen hätte debattieren sollen. Wie denn überhaupt bei der wichtigen Frage vermehrten Bergarbeiterbeschäftigung eine recht beklagenswerte Unruhe im Saale herrschte, so zwar, daß vom Vorstandstisch aus wiederholt „bringend um Ruhe“ gebeten werden mußte.

Ein Schmerzenskind der Sozialdemokratie, an dem auch die Gewerkschaftler lebhaft interessiert sind, die Matfeier, hat auch heuer wieder zu lebhaften Debatten Veranlassung gegeben, die schließlich zu einem regelrechten politischen Reichstag ausarteten. Von einer Anzahl von sozialdemokratischen Vereinen wurde ein An-

den. Es hat auch bei uns Männer gegeben und gibt noch, die diese Forderungen vertraten, es jedoch weit an sich wiesen, deshalb Sozialdemokraten zu sein. Nicht bemerkenswert waren die Verhandlungen über die Frage der weltlichen Erziehung. Wohl gelangte der Antrag der Bergarbeiter, wonach dieser Punkt in der Tagesordnung künftiger Kongresse zu freieren zur Annahme. Aber die sehr geringe Mehrheit für den Antrag von nur 952 000 gegen 909 000 Stimmen muß schon zu denken geben. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Stellungnahme des Kongresses zu dieser Frage nicht aus prinzipiellen Beweggründen erfolgte, sondern nur aus taktischen. Der Widerstand aus den Reihen der Katholiken, die immerhin mehr als 12 Millionen im vereinigten Königreich ausmachen — Irland ist fast ganz katholisch — mag auf den Kongress nicht ohne Einfluß geblieben sein. Die genannte Beschlusfassung ist so schwerlich mehr als ein vorbauender Klugheitsakt, denn falls wäre es verfehlt, in ihr eine prinzipielle Abgrenzung vom seitherigen Standpunkt zu erblicken. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ mag recht haben, wenn sie die Situation wie folgt charakterisiert: „Stünde die Frage zur Entscheidung, ob der Gewerkschaftskongress für oder gegen die Ausschaltung des Religionsunterichts von den öffentlichen Schulen ist, dann hätten die früheren Kongresse gezeigt haben, die Amerikaner den Kongress fast einstimmig gegen sich. Handelt es sich aber darum, diese Frage von der Diskussion auszuhalten, dann findet sich um des lieben Friedens willen eine knappe Mehrheit des Kongresses für den Vorschlag. Der Kongress, so ist die Stimmung, hat mit wichtigeren und dringenderen Sachen wahrhaftig genug zu tun, um sich über Dinge zu ereifern, die die Gewerkschaften doch gar nicht unmittelbar angehen. Es bleibt indes abzuwarten, ob der nächste Kongress diese Resolution nicht doch widerrufen wird.“

Ebenso wie in der Frage der weltlichen Erziehung kann auch in der Ablehnung des Antrages auf Verhinderung des Gewerkschaftskongresses mit der Arbeiterpartei eine prinzipielle Stellungnahme nicht erblickt werden. Auch hier gaben die Bergarbeiter den Ausschlag, wie sie überhaupt das konservativere Element auf dem Kongress darstellten. Sie hatten in vorhergehenden Konferenzen die einzelnen Punkte der Tagesordnung gründlich durchberaten und ihre Stellung dazu fixiert, so daß sie auf dem Kongress stets geschlossen ihre Stimmen für oder gegen in die Waagschale warfen. Zwar hatten sie an diesem Kongress nicht mehr das Uebergewicht wie früher, doch waren sie mit 550 000 Stimmen von insgesamt nicht ganz 2 Millionen in den meisten Fragen ausschlaggebend. Ihr Verhalten in der hier angezogenen Frage war von reinen Opportunitätsgründen bestimmt, sie wollten sich durch einen fertigen Plan nicht binden lassen.

Die Debatten über politische Aktion und Syndikalismus drehen sich im Grunde nur um die Frage: Kommen wir weiter, indem wir in der Politik mitarbeiten und auf parlamentarischem Wege für die Arbeiter Vorteile herauszuschlagen suchen oder, indem wir zu wirtschaftlichen Machtmitteln — General- oder Massenstreik — greifen? Tatsache ist, daß die Zahl der Arbeiter recht groß geworden ist, die mit den von der Arbeiterpartei (die bekanntlich von den Gewerkschaften geschaffen wurde) erlangenen Erfolgen nicht zufrieden sind. Die syndikalistischen Regungen der neuesten Zeit sind sicher zu einem guten Teil aus dieser Stimmung heraus entstanden. Immerhin ist, wie schon bemerkt, in dieser Hinsicht eine gewisse Ernüchterung eingetreten, wenn wir auch das Spiegelbild, wie es sich aus der Abstimmung ergibt (die Resolution, die sich gegen den Syndikalismus richtete, wurde mit 1 693 000 gegen nur 48 000 Stimmen angenommen), als der wirklichen Stimmung in den Mitgliedschaften ganz entsprechend nicht ansehen können. Preislos sind die syndikalistischen Strömungen etwas

stärker als es nach dem Zahlenverhältnis der Abstimmung auf dem Kongress scheinen möchte. Die „Einigkeit“, das Organ der deutschen Syndikalisten, dürfte indessen wenig Ursache haben, an den Anfang eines Artikels den Satz zu stellen: „Mit dem Verlaß des 46. Trade Union-Kongresses (Zentralverbände) können wir (Syndikalisten und revolutionäre Sozialisten) vollauf zufrieden sein.“ In einem späteren Artikel ist sie ja auch schon andern Sinnes geworden. So viel hat der Kongress doch gezeigt, daß der Syndikalismus in England, im Vergleich zur Gesamtbewegung wenigstens, jetzt noch eine mehr als bescheidene Stellung einnimmt. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, muß abgewartet werden.

Ebenso bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen die Engländer mit der Maifeier machen werden. Selbst wenn man annimmt, daß die englischen Gewerkschaften ihre Mitglieder vollzählig für die Maifeier auf die Beine zu bringen wüßten, eine Annahme, die auch unter Berücksichtigung der größeren Disziplin der englischen Gewerkschaftler nicht sehr wahrscheinlich klingt, so steht dem immer noch entgegen, daß den drei Millionen Organisierten gegenüber sieben bis acht Millionen Unorganisierten gegenüberstehen. Man kann deshalb einigermaßen gespannt sein, inwieweit die Engländer dem Beschlusse die Tat folgen lassen, und ob die Maifeier dort einen imponierenderen Charakter trägt als wie die deutsche. Daran hegen wir allerdings vorläufig noch berechtigte Zweifel.

Wenn wir zum Schluß einen kurzen, zusammenfassenden Ueberblick über die Lage in den englischen Trade Unions, wie sie sich nach dem Newporter Kongress charakterisiert, zu geben versuchen, so wollen wir zunächst einer sozialdemokratischen Stimme, der „Leipziger Volksztg.“, das Wort geben. Sie schreibt: „Mit dem Kongress dürfen wir zufrieden sein. Die wachsenden Reihen der organisierten Arbeiterchaft Englands schreiten mit Entschlossenheit und Siegeszuversicht auf ihrem Wege voran. Der Geist, der den Kongress erfüllte, ist der Geist des internationalen Sozialismus.“ Also die radikale Leipzigerin ist zufrieden, auch das Syndikalistenorgan „Einigkeit“ wollte zufrieden sein. Scheint also die Wahrheit in der Mitte zu liegen. Das eine ist richtig: der Sozialismus in der englischen Gewerkschaftsbewegung ist im Wachsen. Aber es ist nicht der internationale, wie das Leipziger rote Blatt meint, und unter dem es doch sicher nur den marxistischen Sozialismus gemeint haben will. Von dem sind die Engländer noch weit entfernt. Die von den Engländern vertretene Form ist nichts weiter als ein Staatssozialismus auf nationaler Grundlage. Ob auch in England die Entwicklung zum Marxismus drängt? Vorläufig zweifeln wir daran. Wir glauben auch nicht, daß man mit der Phrase vom „internationalen Sozialismus“ bei den Engländern große Begeisterung auslösen wird. Dem steht das stark ausgeprägte Nationalgefühl der Engländer entgegen. Solche unnatürliche Sozialdemokraten wie unsere, die selbst die Bande des Blutes verfeugnen und denen man — gewiß nicht mit Unrecht — Vaterlandslosigkeit vorgeworfen hat, gibt's eben sonst in der Welt nirgends. Wir glauben auch, daß der praktische, kaufmännische, auf das Erreichbare gerichtete Geist der Engländer sie vor allzu phantastischen Zukunftsplänen bewahren wird. Aber darin kann man sich auch täuschen. Nützlich ist's aber immerhin, der weiteren Entwicklung der englischen Trade Unions einige Aufmerksamkeit zu widmen.

Allgemeines.

Die Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913. Wir werden gesehen, mitzuteilen, daß die sämtlichen Bureaus der Internationalen Baufach-Ausstellung mit Sonderaus-

stellungen Leipzig 1913 am 27. September nach dem jetzt fertiggestellten Verwaltungsgebäude an der Leinhardtstraße neben dem Rittergut Thonberg besetzt worden sind. Die Bureaus sind dort telephonisch unter den Nummern 20 280 bis 20 289 zu erreichen. Interessenten, die das Verwaltungsgebäude selbst aufsuchen, werden durch einen Portier zu den gewünschten Stellen geleitet werden.

Unentgeltliche Untersuchung für Unbemittelte in Unfall-, Invaliden- und Straffachen.

Einem wirklichen Bedürfnis entspricht die Poliklinik für gerichtliche und versicherungsmäßige Medizin, welche der Verwaltungsleiter am gleichnamigen Univeritätsinstitut in Berlin, Luisenstraße 42, Eingang Karlstraße, errichtet hat. Unbemittelte erhalten dort wochentags von 8 bis 9 Uhr morgens unentgeltliche Auskunft und eventuell Begutachtung in Unfall-, Invaliden-, Straffachen usw. Es ist diese Poliklinik die erste dieser Art in Deutschland. Bisher war es armen Unfallkranken, die glaubten, daß ihnen von Seiten einer Berufsgenossenschaft unrecht geschähe, sei es, daß sie glaubten, die Rente sei zu niedrig, oder es stehe ihnen eine Baderur oder spezialärztliche Behandlung zu, nur selten möglich, kostenlos eine Auskunft über die Aussichten eines Rechtsstreites zu erhalten. Früher war das ja auch für die Kranken nicht so schlimm, denn ohne daß ihnen Kosten erwuchsen, konnten sie die Entscheidung des Landesgerichts oder des Reichsversicherungsamts anrufen. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung tritt aber eine wesentliche Änderung ein. Wenn ein Verletzter in den höheren Instanzen unterliegt, so können ihm die oft erheblichen Kosten des Rechtsstreites ganz oder teilweise auferlegt werden. Schon aus diesem Grunde sollten alle Unfallkranken, die aus pekuniären Gründen einen Arzt nicht befragen können, von obiger Einrichtung ausgiebigen Gebrauch machen.

Eine Beschimpfung der deutschen Arbeiter leistet sich, wie schon oft, die in Gesehmünde erscheinende „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“.

In einem Artikel „Amerikanische und deutsche Arbeiter“, der von Kenntnis wenig getrübt ist, schreibt das Blatt: „Die Ueberlegenheit der amerikanischen Arbeiter über die deutschen ist in letzter Zeit vielfach hervorgehoben worden. Der Lohn des amerikanischen Arbeiters erreicht im allgemeinen die doppelte Höhe von dem in Deutschland üblichen, manchmal noch mehr. Man verursacht als die täglich notwendigen Lebensmittel wie die Kleidung in Amerika keine höheren Ausgaben als in Deutschland. Folglich muß er leberischer haben. Der deutsche Arbeiter kann auch Ueberichuß erzielen, wenn er will; er weiß zum eist auch ganz genau, was er mit dem Ueberichuß anfängt, er vertritt ihn. Anders der Amerikaner: er gibt viel mehr für seine Wohnung aus, er sieht eine solche geräumig und bequem, für ihre Ausbarmüdung ist ihm nichts zuviel. Er trinkt viel mehr Tee als der deutsche Arbeiter, der fast nur alkoholische Getränke kennt. Dafür gestattet sich der amerikanische Arbeiter eine Ausbeherung beim Essen: Braten, Pasteten, Pudding, etwas Dessert sind nichts Seltenes bei ihm; seine Frau kann aber auch kochen. Aber auch in der Kleidung geht er um einen Grad höher, so daß er mit seiner Familie mehr einen selbständigen Kleinbürger vorstellt.“

Das sagt das Blatt, denn anders kann man das Blatt nicht nennen, ganz allgemein, so daß man annehmen sollte, die deutsche Arbeiterchaft sei eine einzige Herde von Trunkensüßern. Wie würde das Blatt sich entziehen, wenn wir die Unternehmern in ähnlichem Sinne charakterisieren wollten. Denn wenn in der Periode von 1885 bis 1905 auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 6,14 Liter Wein entfallen, in Nordamerika aber nur 1,64 Liter, so haben diesen bei uns doch wahrlich die Arbeiter nur zum allgeringsten Teil getrunken. Und es gibt manche Bauunternehmer, die ihren Arbeitern durchaus kein gutes Beispiel geben. Bezüglich des Alkoholgebrauches steht Deutschland unter den Kulturländern an sechster Stelle, Nordamerika an neunter. Damit soll nicht gesagt werden, daß in Deutschland nicht noch zuviel getrunken würde. Aber daran tragen alle Schuld, hoch wie niedrig. Während sich jedoch in Deutschland eher ein Sinken im Alkoholverbrauch bemerkbar macht, ist in Nordamerika ein Steigen zu verzeichnen. Daß aber auch die deutschen Arbeiter nicht sparen würden, dem stehen die Nachrichten der Sparkassen gegenüber. Leider kann ein großer Teil nicht sparen, da ein mangelhaftes Unternehmertum ihnen einen Lohn zahlt, von dem sie kaum des Lebens Notdurft bestreiten können. In dieser Beziehung stehen die nordamerikanischen Unternehmer tumhoch über den deutschen Krähwinklern, die nur dann mit Profit glauben produzieren zu können, wenn sie ihren Arbeitern recht niedrige Löhne zahlen.

Die Sachstellung des Blattes, „sine Frau kann aber auch kochen“, läßt den Schluß zu, die deutsche Arbeiterfrau könne das nicht so gut. Leider trifft's in vielen Fällen zu, daß Arbeiterfrauen nicht kochen können, und warum? Weil sie ihre Jugend hinter Fabrikmauern verbringen mußten. So manches Unternehmertöchterlein kann aber auch nicht kochen, obwohl es Zeit und Gelegenheit dazu hätte. Statt dessen schiebt es unserm Herrgott die Tage ab. Im allgemeinen aber gilt die deutsche Hausfrau, und das sind heute vorwiegend Arbeiterfrauen, für vorbildlich in der Welt.

Mit dem Gesehmünder Scharfmacherblatt sich über die Kosten der amerikanischen Lebenshaltung auseinandersetzen, ob dieselben im gleichen Geldwert nicht höher sind als bei uns, überhaupt über den Geldwert zwischen hier und dort, das erachten wir für zwecklos. Denn wer einem solchen Artikel überhaupt Ausnahme gewährt, der hat die Grenze des Zulässigen überschritten — und gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.

am durch die ganze Länge des Ofenzylinders, aus dessen anderem Ende es als erbsengroßer Klinkergries in die Röhrtrommel fällt, die schließlich das fertig gekramte und gekühlte Material abgibt.

Der Drehofen wird mittels Staubkohle, gemahlener Steinkohle, geheizt, die durch einen Injektor in den Ofen eingeblasen wird. Die Kohlenzufuhr geschieht durch eine Schmelze und wird nach Bedarf geregelt. Das Gebläse, ein sog. Exhaustor, jagt die warme Luft aus der Röhrtrommel an und bewirkt so außer schneller Abführung des fertig gebrannten Materials ein Vorwärmen der Verbrennungsluft für die Brenntrommel.

Die Brenntrommel hat ein inneres Futter aus Schmelzsteinen. Der vordere Teil der Brenntrommel, der sog. Ofenlopf, ist fahrbar, damit er bei einer erforderlichen Ausbesserung des Ofenfutters ohne Schwierigkeit zur Seite gerückt werden kann. Die Röhrtrommel ist ganz aus Eisen gebaut und hat innen Rippen aus Eisen, die das kühlende Gut anheben und verteilen und zur schnelleren Kühlung beitragen. Zur Beschleunigung der Kühlung wird zuweilen noch Wasser in die Röhrtrommel geleitet.

Die Vorteile des Drehofenbetriebes sind verschiedener Art. Man spart an Arbeitslöhnen, erzielt einen durchaus gleichmäßigen Brand und erreicht eine schnellere Herstellung des Fertigfabrikates; auch ist der im Drehofen gebrannte Zement von besserer Qualität als der im Schachtofengebrannte, namentlich soll er eine höhere Druckfestigkeit besitzen. Ob eine Verminderung der Herstellungskosten eintritt, ist fraglich, da man beim Drehofenbetrieb etwa 40 Prozent Brennstoff mehr verbraucht als beim Schachtofen. Doch hat im Laufe der letzten Jahre eine Fabrik nach der anderen Drehofen gebaut, um in der Güte des Zements konkurrenzfähig zu bleiben.

Beim Mahlen des im Drehofen gebrannten Gutes kann dieses sofort in die Kugelmühle gelangen, ohne in Mauhreiber passieren zu müssen, da die Körner nur etwa Erbsen- bis Nußgröße haben.

land geschieht in „Normalfässern“ — Tonnen genannt — von 120 Litern oder 170 Kilogramm netto bzw. in Normfässern von 40 Litern oder 57 Kilogramm und in Säcken von 60 Litern oder 85 Kilogramm netto. Das Einrütteln des aufgespeicherten Portlandzements in Fässer erfolgt auf sog. Rüttelplatten, die durch Maschinenkraft festigt auf und ab bewegt werden, wodurch die Packung sehr dicht wird. Die Farbe des Portlandzementes entspricht dem schon erwähnten englischen Portlandzement, grau mit einem Stich ins Grüne, festere ins Gelbe. Je scharfer der Brand der Klinker, desto besser die Auslese, desto schöner das Grau und der Stich ins Grüne. Das spezifische Gewicht des Portlandzementes (Verhältnisgewicht zur gleichen Raummenge Wasser) beträgt für losen Zement 1,3 bis 1,4, für Zement in gerütteltem Zustande 1,6 bis 1,8. Die Maßfestigkeit des Portlandzementes soll derart beschaffen sein, daß er am Normalzement mit 0,11 mm Drahtstärke und 900 Maschen pro Quadratcentimeter einen Rißstand von 1,5 bis höchstens 10 v. H. zurückläßt.

Für jene Fabrikate, die aus den bezeichneten Rohmaterialien in der hier beschriebenen Weise hergestellt werden, ist zur Verhütung von Fälschungen der Name „Portlandzement“ unter behördlichen Schutz gestellt. Die Portlandzementwerke können daher solche Firmen, die andere, wenn auch gleich gute Fabrikate als Portlandzement in den Handel bringen, wegen unlauteren Wettbewerbes verklagen. Herstellungsverfahren sind durch sog. „Normen“, also Vorschriften, durch Ministerialerlasse vom 28. Juli 1887, 23. April 1897 und 19. Februar 1902 festgelegt. Die Vorschriften erstrecken sich auf Verpackung und Gewicht, Bindezeit, Volumenbeständigkeit, Feinheit der Mahlung, Festigkeitsproben und Zug- und Druckfestigkeit. In den Normen ist auch die Art und Weise bestimmt, in der zu untersuchen ist, ob ein Portlandzement den festgelegten Bedingungen entspricht.

Aus der Röhrmühle gelangt der fertige Zement in Silo, in dem er bis zur Verpackung lagert. Der Zer-

Der „Einfluß“ der 110. Daß die großen Versprechungen der Sozialdemokratie vor den Wahlen ihrem tatsächlichen Machtverhältnis im Reichstag nicht im mindesten entsprechen, bestätigt wieder „Genosse“ Kolb-Karlruhe, indem er in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 18-20) schreibt:

„Im Ernst wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Mandatsverteilung bei den letzten Reichstagswahlen die politische Signatur geändert hätte. Im einzelnen machen sich die 110 Mandate wohl bemerkbar, ihr Einfluß auf die politische Gesamtlage ist äußerst gering, sofern man da von einem Einfluß überhaupt reden kann. Die Sozialdemokratie bestimmt die heutige Politik heute so wenig, wie sie es vor den Wahlen getan hat, und dabei bliebe es auch, wenn sie noch mehr Stimmen und noch mehr Mandate erobert hätte. Ihre politische Macht ist in der Hauptsache negativ-abwehrend, positiv kann sie sich so lange nicht in entsprechender Weise durchsetzen, als die Sozialdemokratie an ihrer grundsätzlichen Regierung des heutigen Staates festhält.“

Denjenigen aber, die von der Sozialdemokratie bald so etwas wie eine Weltumwälzung erwarten, kann man angesichts dieser Worte nur zurufen: Laßt alle Hoffnung fahren, die...!

Vom angeblichen Zusammenbruch der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier handelt ein Artikel in Nr. 37 des sozialdemokratischen „Correspondenzblatt“. Nur ein Trümmerhaufen gäbe noch Kunde von der stolzen Armee von 20000 Mitgliedern. Der Artikelgründer führt als Beweis seiner Behauptungen an, daß vier Zehntel im April 1911 noch 3152 A. Entschlossenheit gehabt hätten, im April 1912 dagegen nur eine solche von 747,9 A. Es ist nicht bestritten worden, daß sich im Saarrevier durch die zahlreichen Abwanderungen und durch den mit beispielloser Gehe geschützten Reichstagswahlkampf ein momentaner Rückgang der christlichen Gewerkschaften und da bemerkbar gemacht hat. Von einem „Zusammenbruch“ der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier kann natürlich keine Rede sein. Der „Genosse“ und der „Genossin“ frommer Wunsch geht allerdings schon seit geraumer Zeit nach dieser Richtung hin. Man haben aber gerade die Saarbergleute, auf die der Artikelgründer exemplifiziert, noch in den allerletzten Tagen dem Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter in ihrer weitaus größten Mehrzahl ein glänzendes Vertrauensvotum ausgesprochen. Schamlos finden zurzeit die Knappheitsmaßnahmen im Saarrevier statt. Solche Maßnahmen sind durchaus geeignet, der Dezentralität zu zeigen, welcher Arbeiterorganisation die Bergleute an der Saar das größte Vertrauen entgegenbringen.

Von 109 zu wählenden Vertretern hat der Gewerkschaftsrat 68 erhalten, die gesamten Gegner 28. Von diesen 13 Stichwahlen hatten 11 die Sozialdemokratischen Bergarbeiter 11 an 11 Stichwahlen gewonnen. Die Gegner sind nicht an irgend einem Stichwahlkandidaten, da in mehreren zwei Mitglieder des Gewerkschaftsrats 1/2 gegenüberstehen. Die Zweidrittelmehrheit (76 Stimm) ist dem Gewerkschaftsrat auch in den nächsten fünf Jahren sicher. Besonders heftig war der Endkampf am 28. September, wo noch 17 Kettele zu wählen waren und der Gewerkschaftsrat in neun Sprengeln allen Besitz zu verteidigen hatte. Er beherrschte diesen Besitzstand und brachte in noch drei anderen Sprengeln seine Kandidaten in Erfolg. Von den bis einschließlich 15. September gebliebenen 78 Wählern sind 69 Kettele gewählt, bei 9 sind Stichwahlen erforderlich. Von diesen 69 gewählten Wählern gehören 55 dem Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter an. Das ist schon jetzt die absolute Mehrheit im ganzen Reichstagskollegium, da 109 Kettele zu wählen sind. Der sozialdemokratische Gewerkschaftenverband zählt einen ganzen Kettele, und zwei „rot angehauchte“ sind unter der Führung „sozialdemokratischer“ gewählt worden. Von diesen 275 Stimmen abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 163, auf die christlichen Gewerkschaften 108 und 61 Stimmen erhielten die „sozialdemokratischen“ und die „rot“ katholischen Arbeitervereine.

Diese bisherige Zahlensache kann als Maßstab für das Vertrauen, das die christlichen Gewerkschaften bei den wahlberechtigten Teil der Saarbergleute genießen, angesehen werden. Weil aber freilich die auf die christlichen Gewerkschaften gemünzten Angriffe „Zusammenbruch“ und „Zerfall“, wie Figuren zeigt, auf die sozialdemokratische Bewegung im Saarrevier zu. Das weiß man in den führenden sozialdemokratischen Kreisen an der Saar und versucht deshalb vom eigenen Zusammenbruch die Dezentralität abzulenken. Die dieser „Zusammenbruch“ sich in sozialdemokratischen Lager vollzogen hat, ist an einigen Stellen kurz gezeigt. Im Dezember 1910 wählten die Bezirksgewerkschaften I und II der sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation noch mit 217 A. ab, im Juli 1912 gibt es nur noch ein einziges Mitglied. Daran ist also über die Hälfte der Mitglieder beim sozialdemokratischen Bergarbeiterverband davongelassen. Nicht weniger ist es mit dem „Genossen“ im eigenen Saarrevier; mit gerade 111 Wählern rechnet der „große“ Gewerkschaftenverband im selben Monat ab; da bleibt allerdings zum „Zusammenbruch“ nicht mehr viel übrig.

Die sozialdemokratische Glasfabrik. Wir erlauben uns, die Leser der „Arbeiter“ über die Glasfabrik am 110. zu berichten. Die Glasfabrik am 110. ist eine der größten und modernsten Glasfabriken in Deutschland. Sie ist im Besitz der sozialdemokratischen Gewerkschaften und hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich entwickelt. Die Produktion ist in den letzten Jahren stark gestiegen und die Arbeiter sind sehr zufrieden mit den Arbeitsbedingungen. Die sozialdemokratische Gewerkschaft hat sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt und hat die Arbeiter vor Ausbeutung geschützt. Die Glasfabrik am 110. ist ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Gewerkschaften.

In der Tat ist die Geschichte der sozialistischen Glasfabrik von 110 interessant. Ihre Entstehung reicht in das Jahr 1895 zurück. Damals entließ der Direktor einer Glasfabrik in dem benachbarten Carmaux einen sozialistischen Glasarbeiter, der mit Erfolg bei den politischen Wahlen seine Kandidatur aufgestellt hatte. Die Arbeiter der Glasfabrik von Carmaux und 110 solidarisierten sich mit dem entlassenen Arbeiter, und Jaurès vertrat mit großem Eifer die Sache der ausständigen Arbeiter in der Kammer. Die sozialistische Presse führte gleichzeitig eine Kampagne und sammelte Geld, um den Arbeitern die Mittel zur Gründung einer eigenen Glasfabrik zu liefern. Der Streik zog sich monatelang hin. Unterdessen waren die Mittel aufgebracht worden, weil sich in Paris kapitalistische Wohlwäter fanden, die große Summen zur Gründung der Arbeiterglasfabrik beisteuerten. Die sozialistische Glasfabrik von 110 gehört nominell einer Aktiengesellschaft, die in Paris ihren Sitz hat, und in deren Verwaltungsrat die sozialistische Partei und der allgemeine Gewerkschaftsverband vertreten sind. Die Glasfabrik selbst ist den Arbeitern überlassen, die sie gemeinschaftlich ausbeuten. Die Geschäfte der Glasfabrik entwickelten sich im Laufe der Jahre nicht regelmäßig. Die Fabrik geriet allmählich ins Hintertreffen gegenüber der Konkurrenz, weil sie sich dem Fortschritt in der Industrie nicht anschließen wollte. Infolgedessen mußte wiederholt der Pariser Verwaltungsrat eingreifen. Er schickte auch vor wenigen Jahren einen Vertreter nach 110, der die Glasfabrik neu organisierte und ihren Abzug auch in kurzer Zeit wieder beträchtlich erhöhte. Dieser Vertreter des Pariser Verwaltungsrats, der selbst Sozialist ist, gelangte jedoch bald in Konflikt mit den Arbeitern der Genossenschaft, und zwar, wie die Zeitungen erzählen, gerade deshalb, weil er die kommunizistische Gleichheit unter dem gesamten Personal der Fabrik durchzuführen wollte. Die letzte Maßregel des Direktor-Sekretärs Spinetti, des Vertreters der Aktiengesellschaft, bestand darin, daß er die Bezüge aller Arbeiter gleichmachen wollte. Bisher waren z. B. die Frauen in dem Betriebe sehr schlecht bezahlt; sie konnten es nicht einmal auf 2 Francs pro Tag bringen, während die Glasbläser 9-10 Francs verdienen. Spinetti schlug den Arbeitern einen durchschnittlichen Tageslohn von nahezu 6 Francs vor, der nicht nur für die Arbeitstage, sondern auch für die regelmäßigen Ruhetage ausbezahlt werden sollte. Die Gewerkschaft der Arbeiter hat diesen Vorschlag abgelehnt, und da der Pariser Verwaltungsrat auf keine Verhandlungen eingegangen zu sein scheint, haben die Arbeiter die Glasfabrik verlassen lassen.

Es ist nicht ersichtlich, warum es den Führern der sozialdemokratischen Partei oder den Führern des Gewerkschaftsverbandes nicht gelungen ist, den Konflikt durch eine rechtzeitige Vermittlung beizulegen. Die sozialistische „Humanität“ hat über den ganzen Vorgang noch nichts berichtet, während der in Toulouse erscheinende „Midi-Socialiste“ schon seit mehreren Tagen über den Konflikt berichtet und die Arbeiterführer zur Beilegung des selben auffordert.

Ja, ja! Theorie und Praxis.

Der rote „Bildungsschulz“ über die konfessionelle Jugendbildung. Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz besaßte sich mit der Gewinnung und Erziehung der Jugend für die sozialdemokratische Partei. Während einige radikale „Genossen“, wie z. B. Lipinski-Beipzig, die ganze nichtsozialdemokratische Jugendbewegung als eitel Heuchelei bezeichnen, die nichts für die Jugend leiste, war der „Genosse“ Schulz-Berlin, von seinen Genossen der „Bildungsschulz“ genannt, eifrig genug anzuerkennen, daß zur Jugendpflege die Persönlichkeit gehört, wie man sie gerade in der konfessionellen Jugendbewegung finde. Die sozialdemokratische Jugendbewegung könne eine solche Persönlichkeit nicht aus der Erde kramen, sie müsse sie heranziehen. Schulz hat eben herausgefunden, daß mit dem Krassen und Iden Materialismus der Sozialdemokratie und ihrer negierenden Eigenschaft sich sehr schlecht Erziehungsarbeit bewerkstelligen läßt. Er wird u. E. vergeblich und ergebnislos an die Aufgabe herangehen, auf Grund des sozialdemokratischen Programms die jungen Leute zu jüdisch geistigen Persönlichkeiten zu erziehen.

Wirtschaftliche Lage und 35c. Nicht überall helamt es, wech weiten Weg die landwirtschaftlichen Produkte, wie Getreide und Vieh, heute zu machen haben, ehe sie als Brot und Fleisch in die Hände der Konsumenten gelangen. Zahlreiche Zwischenstationen und Zwischenhändler scheben sich unterwegs ein. Überall gibt es Kosten, Lagen und Abgaben. Die Kosten der Produktion und der Lebenshaltung sind überall gestiegen. Von Interesse ist hier, was der sozialistische Wirtschaftsminister Dr. Kater Schulz, in der letzten Kammer (18-20) der „Sozialistischen Monatshefte“ aus einer jüngst erschienenen Schrift von Prof. Dichtelheit darüber wiedergibt:

„Von Standpunkt eines holländischen und russischen geprüften Nahrungsmittelchemikers schreibt Professor Dichtelheit über Volksernährung und Lebensmittel (Stuttgart, Kohlhammer). Interessant ist vor allem, was Dichtelheit über die Verteuerung unserer vier hauptsächlichsten Nahrungsmittel, Schweinefleisch, Milch, Brot und Kartoffeln, durch den Zwischenhandel sagt. Nach seinen Erhebungen verdienen die Schlächter im November 1911 auf den Einkaufspreis der Schweine 35 bis 40 Prozent. Zu gleicher Zeit wurde im Durchschnitt der Preisangaben aus 58 Städten der Preis für den Schlächter mit 15,1 Pfennig pro Liter eingekauft und mit 21,4 Pfennig verkauft, so daß eine Spannung von 41,7 Prozent bestand. Durch diesen Verteuerung sich die Rohstoffe des Weizens, des Getreides und des Futterkapitals, einzuzeichnen, berechnete sich mit 200 Prozent. Die Kartoffeln wurden 1900 bis 1911 in den vier Städten Berlin, Dresden, Leipzig und

Magdeburg, zu 100 Pfennig gehandelt (also im Großhandel für durchschnittlich 64 Pfennig pro 1 Mio, zu 2 Pfennig gehandelt (also im Kleinhandel), für 95 Pfennig pro 1 Mio. Die Spannung betrug hier also 81,5 Prozent. Die Befastung der Konsumenten durch den Zwischenhandel ist natürlich in den Großstädten am schwersten. Der durchschnittliche tägliche Nahrungsmittelbedarf eines Mannes stellte sich 1911 in der Kleinstadt Wech auf 71 Pfennig, in Köln auf 92 Pfennig. Die ganze Nahrung ist also in Wech im 21 Pf. billiger als in Köln, was 30 Prozent des Aufwands in Wech über 23 Prozent des Kölner Aufwands. Was sind hiergegen die die Ernährung mit 3,5 Prozent belasten den Zölle auf Lebensmittel?“

Wie weit die Spannung zwischen Roh- und Fertigprodukt überall richtig angegeben ist, können wir natürlich nicht nachprüfen. Besonders interessiert uns aber hierbei die Feststellung, wie gegenüber den sonstigen Kosten und Lasten von Produktion und Vertrieb die Zölle in Gewicht fallen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtannahme des Tarifs Köln für Plattenleger die Zwischenmeister G. Scher Lüdinghausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter Herne i. Westf. (Gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger). **Gelsenkirchen** (Sperrung über die Firma Hümebeck & Co). **Berlin** (Dachdecker). 26. Juli allgemeine Dachdeckerstreikung. **Wiburg** (Sperrung über die Firma Garlon jr. und sen. wegen (Maßregelung). **Witten** (Sperrung über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages). **Wanne** (Sperrung über die Firma Leonh. Ma aus München über den Schleusenbau am Rhein-Herms Kanal) **Hamm** (Westf.) (Streit der Stuckateure). Zug ist ferngehalten.

Schiedsrichterliche Entscheidungen.

Protokoll der Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe

Essen, den 16. September 1912. Anwesend unter dem Vorsteher des Beigeordneten Dr. Erbe-Essen a) als Unparteiischer: Christian Klost-Essen b) als Mitglieder des Einigungsamtes: Arbeitgeber: D. Schmiedehaus-Essen, Th. Benning-Bövinghausen, H. Diehl-Essen; Arbeitnehmer: Th. Hänschen, B. Koch-Voßum, F. Werner-Paderborn, F. Kahl, G. Otto-Dortmund, W. Janßen-Düsseldorf; c) als Ausführenden: Arbeitgeber: A. Schumann-Hamm, Löne, von der Firma Steinwachs u. Schöpper-Dortmund, Egen, von der Firma Collin u. Brandt-Dortmund; Arbeitnehmer: G. Muth-Essen, B. Müller-Münster; d) als Protokollführer: Oberstadtssekretär Witz-Essen. Entschuldigt fehlten: Bürgermeister von Wedelschädi-Gelsenkirchen, H. Walter-Röblinghausen.

Vorstand eröffnete die Sitzung und sprach den Organisationsleitern seinen Dank aus für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Er verspricht, die Verhandlungen nach bestem Gewissen unparteiisch zu leiten und bittet die Organisationsleiter, ihn in seinem neu übernommenen Amt nach Kräften zu unterstützen.

Sodann wurde in die Verhandlungen eingetreten: 1. Beschwerde der Zimmerer Sicker und Poppensieker gegen den Zimmermeister G. Schumann zu Hamm wegen Lohnabzug. Herr Schmiedehaus hat diesen Punkt bis zum Erscheinen des Herrn Schumann zurückzustellen. 2. Antrag des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Rheine, auf Entscheidung einer Streitfrage zwischen dem Bauhilfsarbeiter Kohl und dem Bauunternehmer W. Eilting-Rheine wegen tündigungsloser Entlassung.

Nachdem Vorsteher den Sachverhalt vorgetragen, führt Herr Müller zur Begründung aus, daß die Arbeitnehmer der Ansicht seien, daß dem Bauhilfsarbeiter A. Kohl von Herrn Eilting-Rheine nicht gekündigt worden sei. Nach ihrer Ansicht habe es sich nur um eine Ermahnung zur besseren Arbeitsleistung gehandelt, wenn in dem Anspruchs: „Sie müssen sich um andere Arbeit kümmern“ liege keine ausgesprochene rechtliche Kündigung.

Herr Schmiedehaus ist der Ansicht, daß eine ordnungsmäßige Kündigung erfolgt sei, zumal, wie aus einem Schreiben des Herrn Eilting hervorgehe, dem Kohl ausdrücklich gesagt worden sei: „Sie müssen sich um andere Arbeit kümmern, am Samstagabend müssen Sie aufhören.“ Auch seien dem Kohl am Samstag durch Herrn Eilting persönlich die Entlassungspapiere und Lohn auf der Baustelle ausgehändigt worden, und seien von ihm keinerlei Einwendungen erhoben worden. Bezeichnend ist auch, daß Kohl am Freitagabend die Arbeit eine Stunde früher verlassen habe, mutmaßlich, um sich andere Arbeit zu suchen. Da die Behauptung des Herrn Eilting, er habe dem Kohl gesagt, am Samstag müsse er aufhören, nicht erwiesen ist, schlägt Vorsteher vor, die Angelegenheit zwecks Feststellung der Behauptung an die Schlichtungskommission Rheine zurückzuverweisen.

Einigungsamt erklärt sich hiermit einverstanden, jedoch der Schlichtungskommission aufzugeben, die Angelegenheit innerhalb 4 Wochen zu erledigen. 3. Berufung der Firma Collin u. Brandt-Dortmund gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission Rhein vom 28. März 1912 in Sachen des Arbeiters Emil Haal. (Verhandelt in der Einigungsamtssitzung am 21. Mai 1912.) Vorsteher verlas das eingegangene Schreiben der Firma Collin u. Brandt, woraus hervorgeht, daß die

Firma gegen das Urteil der Schlichtungskommission Ahlen vom 28. März 1912 unterm 17. April 1912 bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission Ahlen, Herrn B. Krämer, Berufung eingelegt hat.

Das Einigungsamt habe in der Sitzung vom 21. Mai 1912 die Angelegenheit verhandelt und die Firma zur Nachzahlung des Lohnes an den Bauarbeiter Paal verpflichtet. Seitens der Arbeitnehmer wird geltend gemacht, daß diese Angelegenheit für das Einigungsamt erledigt sei, da die nach der Geschäftsordnung zu wählende Berufungsfrist von 8 Tagen nicht eingehalten worden sei.

Auch komme es der Firma Collin u. Brandt in der Hauptsache darauf an, von der Schlichtungskommission ein begründetes Urteil zu erhalten, es sei daher kein Grund vorhanden, den Arbeiter Paal auf die Auszahlung des rückständigen Lohnes warten zu lassen.

Herr Schmiedehaus ist der Ansicht, daß dem Beschlusse der Schlichtungskommission, wonach die Angelegenheit an das Einigungsamt verwiesen werden sollte, falls die Firma die Zahlung verweigerte, entsprochen werden müsse.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird über die Frage, inwiefern das Einigungsamt sich nochmals mit dieser Angelegenheit zu befassen hat, abgestimmt, wobei durch Mehrheitsbeschluß die Entscheidung des Einigungsamts vom 21. Mai 1912 als endgültig anzusehen ist, da die Firma Collin u. Brandt die Berufungsfrist nicht gewahrt hat.

Der Einwand der Firma, auf ein begründetes Urteil der Schlichtungskommission gewartet zu haben, ist dadurch hinfällig, als in dem Beschlusse ausdrücklich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die anwesenden Postiere der Firma Mitteilung zu machen hatten, was auch, wie von dem Vertreter zugegeben, geschehen ist.

Der Firma soll hiervon Mitteilung gemacht werden. Nachdem Herr Schumann erschienen, wurde Punkt 1 verhandelt.

Nachdem der Vorsitzende die Beschwerde vorgetragen, gibt Herr J. an, die Erklärung ab, daß die Beschwerde unbegründet sei, worauf seitens des Einigungsamts die Klage zurückgewiesen wird.

4. Antrag der Schlichtungskommission Dortmund auf Entscheidung der Streitfrage der Arbeiter Weiß und Burek gegen die Firma Steinwachs u. Schöpfer wegen nicht tarifmäßiger Bezahlung. (Bereits in der Einigungsamtsitzung vom 21. Mai 1912 verhandelt.)

Vorsitzender teilt mit, daß diese Angelegenheit das Einigungsamt bereits in der Sitzung vom 21. Mai 1912 beschäftigt habe. Die Sache sei seinerzeit vor erneuter Beschäftigung an die Schlichtungskommission Dortmund zurückverwiesen. Es sei aber in einer Schlichtungskommissionssitzung am 1. August 1912 zu keiner Verständigung gekommen, weshalb nun das Einigungsamt erneut zu dieser Streitfrage Stellung nehmen solle.

Herr Otto führt hierzu folgendes aus: Die Schlichtungskommission Dortmund habe die Baustelle der Firma besichtigt und festgestellt, daß die Arbeiter Weiß und Burek in der Hauptsache mit Abladen von Waggons beschäftigt gewesen sind und daß sie hierfür einen Stundenlohn von 45 Pf. vereinbart hätten.

Es sei zu entscheiden, ob diese Arbeiten unter den Tarif fallen, da nach ihrer Ansicht alle Arbeiter, welche an einem Bau beschäftigt würden, als Bauhilfsarbeiter anzusehen seien.

Herr Schmiedehaus führt aus, daß in dieser Streitfrage keine prinzipielle Entscheidung getroffen werden könne, es müsse vielmehr von Fall zu Fall entschieden werden, da die Verhältnisse in jedem einzelnen Falle geprüft werden müßten.

Herr Most ist ebenfalls der Ansicht wie Herr Schmiedehaus, es sei jedoch in diesem Falle erwiesen, daß die mit Abladen der Waggons beschäftigt gewesenen Arbeiter in der Hauptsache nur diese Arbeit verrichtet haben und daher als Bauhilfsarbeiter zu entlohnen seien.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden entscheidet das Einigungsamt durch Mehrheitsbeschluß, daß die von den Arbeitern Weiß und Burek bei der Firma Steinwachs u. Schöpfer ausgeführten Arbeiten unter den Tarifvertrag fallen und als Bauhilfsarbeiter zu entlohnen sind.

Die auf der Nachtragstagesordnung zu verhandelnden Punkte: 1. Beschwerde des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen die Firma Basse & Selve in Altena wegen Nichtachtung eines Beschlusses des Einigungsamts, und 2. Beschwerde desselben Verbandes gegen die Firma Wilhelm Punkte zu Werbohl wegen Nichtachtung eines Beschlusses der Schlichtungskommission.

Werden nicht verhandelt, weil mittlerweile eine Regelung dieser Streitfragen erfolgt sein soll. Die Vertreter der Arbeitnehmer-Organisationen wollen dieserhalb Erledigungen einziehen.

Dr. Erbe. Witz. **Verbandsnachrichten.** Sammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzufenden. Man ist so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Die Papiere darf nur auf einer Seite geschrieben werden und es muß an einer Seite ein ca. zweifingertreter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.) **Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 18. Oktober, der dreimonatliche Wochenbeitrag fällig ist.** **Nettowig.** Die Konjunkturverhältnisse sagen in dem Orte längere Zeit sehr danieder. Erst vor wenigen Wochen hat man einen größeren Bau begonnen, ein Lehrseminar. Es ist nun möglich geworden, mit Hilfe einiger Kollegen eine Anzahl bisher noch unorganisirter Bauarbeiter für unsern Verband zu gewinnen. Nach

einer vorausgegangenen Agitation der Verbandsleitung von Essen fand am 25. September eine Versammlung statt. Kollege Kirchner-Essen besprach kurz die Notwendigkeit der Organisation in unserem Orte unter Hinweis auf die kommende Tarifverneuerung. Es wurden in der Versammlung fünf Kollegen aufgenommen, so daß die junge Zahlstelle jetzt zirka 30 Kollegen zählt. Als Vorstandsmittglieder wurden gewählt: H. Klapproth, erster Vorsitzender, Joh. Otto, zweiter Vorsitzender; A. Weißhedecker, erster Kassierer; G. Graul, erster Schriftführer, G. Schneemann, zweiter Schriftführer; E. Hartmann als Vertrauensmann, Jos. Schlunden als Türkontrollleur. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen, ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Nachdem die Wahl des Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen und einige geschäftliche Sachen erledigt waren, fand Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr statt. Mögen die Nettwiger Kollegen Ausdauer in ihrer Agitationsarbeit haben, dann werden auch sie zum gesteckten Ziele kommen.

Neusheid. Die Nr. 37 des „Grundstein“ bringt eine Erwiderung auf meinen Artikel in Nr. 35 der „Baugewerkschaft“, der mich nochmals veranlaßt, darauf zu antworten. Auf meine Anfrage in der „Baugewerkschaft“, wo wir den „frei“ Organisierten Schwierigkeiten gemacht hätten, antwortet der „Grundstein“, daß man dem Kollegen Palm bei einer Bautenkontrolle ziemlich überall Auskunft gegeben habe, nur nicht dort, wo alles christlich organisiert gewesen sei. Nun hat die Leitung unserer Zahlstelle immer darauf hingewiesen, daß unsere Kollegen bei Maßnahmen von Statistiken, Bautenkontrollen usw. die gewöhnliche Antwort geben sollen, ganz gleich, von welcher Organisation der Betreffende auch sei. Wir sind auch überzeugt, daß unsere Kollegen überall die Fragen des Kollegen Palm beantwortet haben, und wenn dieses nicht an dem Bau der Kinderbewahrschule geschehen ist, so verurteilen wir das scharf. Aber wie liegt die Sache? Palm hat schon verschiedentlich versucht, Kollegen von uns zum Uebertritt zu bewegen; und auch bei dieser Gelegenheit hat er geglaubt, einen Fang machen zu müssen, so noch auf einer Baustelle in Neusheidgen, und wer so arbeitet, muß versichert sein, auch schon einmal eine gründliche Abfuhr zu erhalten. Aber man sollte für das Verhalten eines übereifrigen Kollegen nicht die ganze Zahlstelle verantwortlich machen, wie das der „Grundstein“ zu tun beliebt. Eine Erwiderung darauf, daß wir in die Heimat derjenigen berichteten, die sich nicht vom Deutschen Bauarbeiterverband zu uns überschreiben ließen und dann von den Verwandten und Geistlichen bedroht würden, sie dürften nicht mehr nach Hause kommen, hatte ich für überflüssig. Weiter meint der „Grundstein“, ein Hinweis auf den Neubau der Konjunkturgesellschaft sei nicht angebracht gewesen. Die Christlichen hätten immer dort gearbeitet und sie gehörten fast ausnahmslos dem Konjunkturverein Wohlfahrt an usw. Wie ist aber die Sache? Ein einziger von den dort beschäftigten Kollegen gehörte der Wohlfahrt an, alle anderen sind Zugereiste und hier in Bogis. Ein großer Teil der heiligen Kollege ist in der Einigkeit, und somit unterstützen unsere Kollegen indirekt dieselbe. Das schon allein wäre Grund genug gewesen, unsere Leute dort arbeiten zu lassen. Hat man doch sogar einem Mitglied der Einigkeit das Arbeiten dort verboten, weil er nicht „frei“ organisiert war. Wenn nun jetzt der „Grundstein“ schreibt, daß die ausführende Firma die Verpflichtung übernommen hätte, nur Genossenschaftsmitglieder und „frei“ Organisierte zu beschäftigen, so sagt das doch nichts anderes, als daß unsere Kollegen dort nicht arbeiten sollten. Und als ich mich persönlich wegen des Ausschaltens unserer Leute bei einem Vorstandsmittglied befragte, wurde mir gesagt, daß nur Konjunkturglieder bevorzugt werden sollten, vom Organisiert-Sein sei gar keine Rede gewesen. Warum denn nicht gleich die Wahrheit gesagt? Und wenn der „Grundstein“ schreibt, wir seien nicht ausgeschaltet worden, so ist das nicht ganz ehrlich. Erst war eine Verhandlung mit dem Unternehmer, und als kurz nach derselben unsere Kollegen den Bescheid von demselben erhielten, nach einer anderen Baustelle zu gehen, da haben die Kollegen gefragt, warum das denn; man möge ihnen doch reinen Wein einschenken, und die Antwort war: geht schon mal vorläufig dahin, bis sich die Sache hier gelegt hat; vielleicht könnt ihr doch wieder später hier arbeiten. Also! Und wenn ich in der „Baugewerkschaft“ darauf hinwies, daß bei dieser Firma die Christlichen heraus müßten, damit war nicht die Firma Klappberg, sondern die Firma Heilmeyer gemeint, wo man auch einem Unorganisierten, aber doch zu uns gehörenden Kollegen in der Mittagsstunde den Gürtel zerschnitten hatte. Und wo man unseren Kollegen die Zeit ansehte: bis dahin mußt du dich umschreiben lassen, war bei der Firma Sassenhausen (Umbau Alkestrasse). Was nun die gemeinschaftliche Aussprache vor jener Schlichtungskommissionssitzung anlangt, so irrt sich der „Grundstein“, wenn er schreibt, wir seien diejenigen gewesen, welche dem nicht nachgegeben seien, und mein Antrag, welcher die Unterschriften beider Organisationen zur Schlichtungskommissionssitzung verlangt, ist nicht erst eingelaufen, als der Bericht im „Grundstein“ stand, sondern schon nach der Sitzung im Falle Leininger-Schmidt, und weil man diesem nicht nachkam, habe ich eine Aenderung der Geschäftsordnung beantragt, die meinem Antrag Geltung verschafft. In der Sitzung war man „freier“ teils auch damit einverstanden, in einer darauffolgenden Besprechung auch, und jetzt schreibt der „Grundstein“, wir können den Antrag nicht annehmen. Was nun das vertragliche Verhältnis anlangt, so stehen wir auch immer noch auf dem Standpunkt, daß beide Organisationen mit- und nebeneinander arbeiten müssen. Wenn man aber so mit unseren Kollegen verfährt, wie oben geschildert, wird man uns auch auf dem richtigen Platz finden. Jos. Mergenthal.

Schleiz. Am Montag, den 23. September, hielten wir eine kombinierte Vorstandssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand „Gründung eines Ortskartells“. Nachdem Kollege Hildebrand-Berlin den Zweck eines Kartells

erklärt hatte, wurde auch hier am Orte zur Gründung eines Kartells geschritten. Der Beitrag wurde vorläufig auf 10 M pro Jahr festgesetzt. In den Vorstand wurden die Kollegen Hollmann (Hilfs-Transp.) als Vorsitzender, Sachs (Zimm.) als Kassierer, Schmidt (Metallarb.) als Schriftführer gewählt. Hoffen wir nun, daß durch die Gründung des Kartells auch hier in Schleiz die Agitation besser betrieben werden wird, damit alle bestehenden Ortsgruppen an Mitgliedern zunehmen. Auch wird das Kartell bei den sozialen Wahlen tätig sein, hierzu Fühlung mit den anderen am Orte bestehenden christlich-nationalen Vereinen suchen.

Solingen. (Maurer und Hilfsarbeiter.) Unsere Zahlstelle hielt am 28. September eine anregend verlaufene Versammlung ab. Im Anschluß an ein Rundschreiben des Kollegen Weinholz wurde auf Anregung der Kollegen Lange und Müller die Agitation besprochen. Vor allem soll etwas mehr unter den Erarbeitern agitiert werden. Kollege Bastian gab den Bericht von der Sitzung des sozialen Ausschusses. Er hob besonders die Beteiligung an den studentischen Unterrichtskursen hervor. Er ermahnte die Bauarbeiter, sich stärker an diesen Kursen zu beteiligen. Sodann wurde die Wahl der Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Es erhielten H. Selbach 21 Stimmen, Kollmer 21 Stimmen. Als Delegierte der Verwaltungskasse wurden die Kollegen Gottfried, Bodenberg, Müller, und Feder gewählt. Eine lange Diskussion entpand sich über die Veranstaltung eines Stützungsfestes aus Anlaß des zehnjährigen Festes. Während sich einige Kollegen für die Abhaltung eines gemüthlichen Abends aussprachen, wollten andere ein Fest mit Tanzbelustigung. Die Angelegenheit wurde dem Vorstand und dem Festkomitee überwiegen. In das Festkomitee wurden gewählt: Franz Müller, Schilling, Bodenberg, Keul, Bastian und Selbach. Es wurde dann noch bekannt gemacht, daß am Mittwoch, den 16. Oktober, eine außerordentliche Versammlung stattfinden soll, in der der zweite Zentralvorstand, Schmidt-Berlin, einen aktuellen Vortrag halten wird. Jeder soll für starken Besuch der Versammlung agitieren. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Versammlung recht anerkennend verlaufen sei, und ermahnte die Kollegen, sie auch in Zukunft recht regelmäßig zu besuchen.

Stuttareure.

Bonn. Am 29. September hielt unsere Ortsgruppe ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Wahlen, wies einleitend darauf hin, daß jeder Kollege alle Veranlassung habe, die Versammlung pünktlich zu besuchen. Nur dann könnten alle Verhältnisse besprochen und geregelt werden, ist dadurch sei die gegenseitige Unterstützung möglich.

Kollege Franke gab den Bericht von der am 22. September stattgefundenen Verwaltungskassen-Konferenz. Er besprach die Wahl des Lokalbeamten, wozu der Kollege Selbach aus Oberfeld mit Stimmenmehrheit gewählt sei. Er ermahnte die Kollegen, denselben nach Möglichkeit zu unterstützen. Sodann wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Einmütig wurde der Kollege Thimmes-Rachen gewählt. Der Kollege Guth gab darauf den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Revisoren bekräftigten, daß die Kasse in bester Ordnung sei, worauf einstimmig die Entlastung erteilt wurde. Kollege Franke hob hervor, daß das Kassiereramts, infolge des weitverbreiteten Gebietes, große Mühen verurteile, und dankte dem Kollegen Guth für die unselfische Geschäftsführung.

Dem stimmte die Versammlung zu. Anschließend an den Kassenbericht wurde nach längerer Diskussion einstimmig beschlossen, wie im vorigen Winter, so auch dieses Jahr, während der Wintermonate 30 Pf. pro Woche zu zahlen. Davon sollen 20 Pf. an die Verwaltungskasse und 10 Pf. an die Lokalkasse abgeführt werden. Es wurde dann angeregt, am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags, eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, in der ein Mitglied des Zentralvorstandes von Berlin sprechen soll. (Zu der Versammlung wird der 2. Zentralvorstand, Schmidt-Berlin, erscheinen.) Jeder soll für starken Besuch dieser Versammlung agitieren. Der Vorsitzende, Kollege Wahlen, wies noch darauf hin, daß die tarifliche Arbeitszeit mit dem 16. Oktober eine Aenderung erahre, und forderte auf, die Arbeitszeit genau nach dem Tarifvertrage innezuhalten.

Zimmerer.

Düsseldorf. Das sozialdemokratische Zimmererorgan bringt in der Nr. 39 eine Erwiderung über die Forderungen, welche sich „Genossen“ gegenüber unseren Mitgliedern bei dem Zimmermeister Garthoff in Reichholz erlaubt hatten. Wir würden von dieser Verlegenheitsnotiz wenig Aufhebens machen, wenn nicht dabei die Wahrheit geradezu franguliert worden wäre. Vorweg sei bemerkt, daß in dem Laborat das Wort „Christen“ (in Gänsefüßchen) nicht weniger als neunmal wiederkehrt. Den Mitgliedern des roten Zimmererverbandes sollte diese Notiz zur Information dienen, wie der Artikelschreiber sagt, daher können wir ihm auch keine mildernden Umstände zubilligen. Er sagt, der freie Zimmererverband habe mit Garthoff Differenzen gehabt wegen Nichtzahlung des Landgebüdes und habe daher die Sperre verhängen wollen. Garthoff sei daher nach dem Paulushaus gegangen, um sich christlich organisierte Zimmerer zu erbitten. Die Leitung des christlichen Verbandes habe ihm auch welche versprochen, und zwar solche, die auf den tarifmäßigen Satz von 80 Pf. für Mittagessen verzichteten. Hier ist direkt die Unwahrheit gesagt. Der Leitung des christlichen Verbandes waren die Differenzen bei Garthoff von vornherein gar nicht bekannt. Wenn Firmen sich an uns um Leute wenden, so ist das keine besondere Erscheinung. Dieses geschieht täglich, und können wir daher auch nicht immer Schlimmes wittern. Daß die „Genossen“ das Arbeitsmonopol gern allein haben möchten, ist uns längst bekannt. Warum verständigt sich bei Differenzen der sozialdemokratische Zimmererverband nicht mit der Sei-

lung der Ortsverwaltung unseres Verbandes? Bei den übrigen Verbänden wird dies doch so gehandhabt. Aber da sagt man lieber: „Wir deutschen Zimmerer — — —“ Wenn nun unsere Kollegen ihren Wohnort nach Reisholz verlegen wollten, weil sie Junggeheirat sind, so sind ihre Ausführungen auf der Arbeitsstelle wohl zu verstehen, und niemand kann ihnen einen Strich daraus drehen. Sie waren eben im guten Glauben, in diesem Falle nichts beanspruchen zu können. Wie machen es denn die „Genossen“? Sie arbeiten ebenfalls in Reisholz und Holtzhausen, lassen sich dort einstellen, verzichten vorerst fünf Wochen auf die Zulage, und dann unterschreiben sie eine Sonderabmachung, wonach sie nur für dort eingestellt und auch wieder entlassen werden, um gleich darauf wieder von derselben Firma für die Stadt eingestellt zu werden. Diese Angelegenheit stand zur Beratung vor der letzten Sächsischen Kommissionssitzung, und die „Genossen“ mußten sich von den Meistern sagen lassen, daß solche Abmachungen durch genügende Aufklärung verhindert werden könnten. Aber fragen wir, was haben diese Dinge mit der Prügelei zu tun? Soll etwa das die Tätligkeiten unserer Mitglieder gegenüber rechtfertigen? In dem Artikel wird gesagt, daß durch das rüpelhafte Verhalten der „Christen“ das Ringen entstanden sei. Wer aber das radikale Gebaren der „deutschen“ Zimmerer kennt, ist sich über die Situation schon klar. Wenn schon die Auserlesenen der Sächsischen Kommissionenmitglieder in der Sitzung mit der Folzart die Diskussion führen, dann kann man von Mitgliedern nichts anderes auf den Plätzen erwarten. Wenn dann der Artikelschreiber noch von Unternehmerhilfsgruppen und Geldern jasetzt, so wollen wir ihn deshalb gern laut lassen. Seine dieses Kalibers können uns nicht beleidigen.

Die Gründung des Verbandes deutscher Krankenkassen auf nationaler Grundlage eine Notwendigkeit!

Man schreibt uns: Die Gründung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ fand, wie bereits bekannt, am Sonntag, den 29. September, in Köln statt. Die dem deutschen nationalen Arbeiterkongress angehängten Organisationen, wie der Gesamtverband evangelischer und der Kartellverband katholischer Arbeitervereine, sowie der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, hatten die Gründung vorbereitet. An der Gründung beteiligten sich außerdem aktiv auch die deutschen Gewerksvereine (Hilfs-Danden). Zu der I. Konferenz nationaler Krankenkassen-Vertreter, in der die Gründung einstimmig beschlossen wurde, waren circa 39 Krankenkassen, von deren Vertretern man wußte, daß sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, eingeladen. Erschienen waren über 100 nicht-sozialdemokratische Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter und Bedienten, die 44 Krankenkassen vertraten. Weiter nahmen an der Gründungskonferenz auch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien, sowie zwei Reichstagsabgeordnete (Behrens und Becker) teil. Der Vorsitzende der national-liberalen Reichstagsfraktion, Herr Rechtsanwalt Ernst Bessermann, sowie die Reichs- und Landtagsabgeordnete Herr Justizrat Drimborn von der Zentrumspartei und Herr Abgeordneter und Stadtrat Nippel von der Fortschrittlichen Volkspartei sandten gratulante, teils warm gehaltene Schreiben und ließen sich vertreten. Herr Professor Wolbecker, als Vertreter der national-liberalen Partei der Rheinprovinz, und Herr Generalsekretär Dr. Jörg von der Rheinischen Zentrumspartei begrüßten die Gründung des neuen Verbandes der deutschen Krankenkassen auf nationaler Grundlage als eine Notwendigkeit; ebenso taten dieses die Abgeordneten Franz Behrens und Johannes Becker. Auch die hiesigen Reichstagsabgeordneten, die Herren Schumacher und Seiwitz, ebenso der national-liberale Generalsekretär Herr Peter-Holz, brachten ihre persönliche Zustimmung zur Gründung aus. Die Konferenz verlief äußerst anregend und für die Krankenkassen fruchtbringend. Mit Recht führte der Referent auf der bedeutenden Tagung an, daß die bisherige Organisation eines Teiles der Krankenkassen, die sich dem jaß völlig von der Sozialdemokratie beherrschten „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“ angehängt seien, unzulänglich befanden. Die national gestimmten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Krankenkassen haben eine ganz andere Vorstellung von dem Sinn und Zweck der sozialen Gesetzgebung. Die Sozialdemokraten stellen Forderungen, auch auf sozialem Gebiet, die keine nationale Partei stellen kann. Die Krankenkassen sind, insbesondere, Verursachern und Hinterbliebenen von Familien und Arbeiterfamilien schon im Gegenstande. Sie sind die Träger der sozialen Verantwortung. Der Hauptverband der deutschen Krankenkassen hat sich nicht nur der Aufgabe der sozialen Gesetzgebung verschrieben, sondern auch der Aufgabe, die soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Sozialdemokraten stellen Forderungen, auch auf sozialem Gebiet, die keine nationale Partei stellen kann. Die Krankenkassen sind, insbesondere, Verursachern und Hinterbliebenen von Familien und Arbeiterfamilien schon im Gegenstande. Sie sind die Träger der sozialen Verantwortung. Der Hauptverband der deutschen Krankenkassen hat sich nicht nur der Aufgabe der sozialen Gesetzgebung verschrieben, sondern auch der Aufgabe, die soziale Verantwortung zu übernehmen.

oder Machtpolitik gestellt. Auf dem von ihm am 30. April 1911 einberufenen Krankenkassenkongress in Berlin wurde die Reichsversicherungsordnung glatt abgelehnt. Glücklicherweise erhoben aber die bürgerlichen Parteien in seltener Einmütigkeit die Reichsversicherungsordnung zum Gesetz, und damit wurden die agitatorischen Pläne des „Hauptverbandes“ vereitelt. Daß sich noch immer eine Anzahl von bürgerlichen und nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in dem von der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie beherrschten „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“ betätigt, hat teils seinen Grund darin, daß eben nichts anderes bestand, wie dies auf der Kölner Konferenz auch zum Ausdruck gebracht wurde.

Es war dort eine Anzahl Kassen vertreten, welche noch dem Frähdorfschen „Hauptverband“ angehörten, die aber sofort ihren Beitritt zum nationalen Verband deutscher Krankenkassen erklärten. Im ganzen sind dem neuen Verband sogleich 47 Krankenkassen mit weit über 200 000 Mitglieder beigetreten. Der Beitrag wurde auf einen Pfennig pro Mitglied und Jahr festgesetzt, jedoch beträgt der Mindestbeitrag einer Kasse 10 Mk für ein Jahr. Der Verband deutscher Krankenkassen hat sich u. a. zur Aufgabe gestellt: den angehängten Krankenkassen durch Auskunftserteilung und Vertretung in allen Fragen der Versicherungs-Gesetzgebung zur Seite zu stehen. Auch will und muß er seine Unterstützung leisten beim Abschluß von Verträgen aller Art. Vorrätlich will er sein bei der Abfassung von Musterstatuten und Dienstordnungen. Ferner will er durch die Mithilfe aller nationalen Parteien Einfluß bei den Behörden und der Regierung sowie beim Parlament erringen, um die Interessen und Wünsche der Kassen wirkungsvoll zu vertreten. Die Herausgabe einer im Sinne einer gesunden und realisierbaren Sozialpolitik geleiteten Krankenkassen-Zeitung und sonstiger Schriften, sowie die Abhaltung von Kursen für Kassenbeamte ist ein weiteres Feld seiner Tätigkeit. Der völlige Ausbau des Krankenkassenwesens nach der Reichsversicherungsordnung wird sich der Verband angelegen sein lassen, ebenso die Förderung von Genesungsheimen und Heilstätten. Der Frage der Krankenüberwachung wird er ebenfalls seine Aufmerksamkeit schenken und durch Veranstaltung von großen Krankenkassen-tagungen freimütig Stellung zu den jeweiligen schwebenden und einschlägigen Fragen nehmen. Gemeinschaftlich mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die beide entsprechend im Vorstand berückichtigt werden, soll und wird der neue Verband an seine Aufgaben herangehen. Politische und gewerkschaftliche Interessen sollen mit dem Verband nicht verfolgt werden. Es soll vielmehr eine Stelle geschaffen werden, wo sämtliche bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenkassen im ehrlichen Wettbewerb gemeinsam wirken, und wo die Vertreter derselben sich jederzeit sachverständigen Rat holen können.

Mit den bestehenden Einzelverbänden soll ein freundschaftliches Verhältnis angebahnt werden. In den Fällen, wo die Forderungen und Ansprüche der Ärzte- und Apotheker-Organisationen nicht in den tatsächlichen Verhältnissen begründet sind, werden sie natürlich einer geschlossenen Phalanx aller organisierten Krankenkassen begegnen.

Der verheißungsvolle Anfang zu einer wirkungsvollen Vertretung und sachgemäßen Beratung der Krankenkassen ist nunmehr gemacht. Mögen nun aber auch recht bald die von national gestimmten Männern geleiteten Kassen sich dem „Verband deutscher Krankenkassen“ anschließen.

Die vorläufige Geschäftsstelle des nationalen Verbandes deutscher Krankenkassen befindet sich in Köln, **Entruchstraße 147.**

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 22. bis 26. September in Elberfeld seine IV. Generalversammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Sachen nahm Kollege Stegerwald das Wort zu seinem Referat über die „Allgemeine gewerkschaftliche Lage und unsere nächsten Aufgaben.“

Die gewerkschaftliche Lage, so führte Redner u. a. aus, werde zurzeit vor allem durch drei Momente charakterisiert:

1. die allmähliche offensichtliche Anerkennung der sozialistischen revolutionären Theorien durch die „freien“ Gewerkschaften,
 2. durch den latenten Kriegszustand zwischen christlichen und freien Gewerkschaften und
 3. durch das systematische Räubten gelber Gewerkschaften seitens der Großindustrie.
- „Ausführungen zum ersten Punkt ging Generalsekretär Stegerwald auf die Entwicklung ein, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften hinsichtlich ihres Charakters genommen haben. Schon in der Gründungszeit herrschten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob

die Gewerkschaften politisch neutral seien oder nicht. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren die politische Diskussionsklubs. Als das Gesetz 1890 fiel, begann der Streit von neuem, wobei eine Gruppe die Neutralität grundsätzlich genährt wissen wollte, während eine andere sie aus taktischen Gründen forderte. Diese Zeiten sind vorbei. Heute wird als selbstverständlich angenommen, daß Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten. Zwar sprach sich der Kölner Gewerkschaftskongress noch gegen den Gedanken des politischen Massenstreiks und auch gegen die Maßstiefe aus. Aber dieser Beschluß rief einen gewaltigen Krach im sozialdemokratischen Lager hervor. Und der Zentralparteitag nahm gegen die Gewerkschaften den Massenstreik in das Programm der Genossen auf. Der Parteitag in Mannheim suchte dann den Frieden einigermaßen herzustellen, indem er die Richtlinien für eine gemeinsame Arbeit aufstellte. Es herrschte dann etwas Ruhe. Aber in der Folge spielten sich einige Kämpfe ab, die beweisen, daß die Revolutionierung der Massen fortgeschritten war. Kollege Stegerwald führte verschiedene Vorgänge an, die beweisen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Macht über die Massen verloren haben und daß sie sich mit den in den großen Städten herrschenden radikal-sozialistischen Ideen befeinden müssen. Und deshalb konnte Kautsky feststellen, daß auch die Gewerkschaften den Massenstreik in ihr Programm aufgenommen haben. In Belgien wird man übrigens wahrscheinlich in absehbarer Zeit die Theorie des Massenstreiks in die Praxis umgesetzt sehen.

Das zweite Charakteristikum der jetzigen Zeit ist die Verschärfung des Gegenjages zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Von gegnerischer Seite werde das auf die „Krisialisierung“ der christlichen Gewerkschaften zurückgeführt. Dem sei nicht so. Es sei vielmehr Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Kämpfe der letzten Jahre gezwungen wurden, den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen im einzelnen tiefer nachzugehen, die Forderungen der Lohnarbeiterklassen in die Gesamtzusammenhänge hineinzustellen. Und dabei war es selbstverständlich, daß sie sich in vielen Fragen in der Gesamtbeurteilung der Dinge von der roten Phrase emanzipieren mußten. Leider habe bis vor einigen Jahren unsere Presse, was die wirtschaftliche Aufklärung anlangt, versagt, und die christlichen Gewerkschaftler seien bis dahin auf Genossen angewiesen gewesen. Auch heute sei noch nicht alles so, wie es sein sollte. Deshalb sei es vor allem Aufgabe der Vorstände, volkswirtschaftlich tiefend zu wirken. Der weitere Grund für den scharfen Gegenjag zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sei in der Entwicklung der letzteren zu sehen, dadurch sei von selbst die Kluft immer größer geworden. Redner illustriert dies an dem Beispiele der Finanzreform, von der er erklärt, daß er sie nicht würde verteidigt haben, wenn die Genossen nicht versucht hätten, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung zu erdrücken. Bei der Reichsversicherungsordnung verübelte man es uns stark, daß wir, soweit die Wahl der Beamten in Frage kommt, mitgewirkt haben; den Genossen die Flügel zu beschneiden. Aber der brutale Terrorismus der Genossen, die nicht schillern sind als die gefährlichen Scharfmacher, trägt die Schuld daran, so daß es unsere Kollegen vielfach lieber mit dem Arbeitgeber als mit den Genossen zu tun haben.

Nachdem der Redner als drittes Moment in der heutigen Gewerkschaftsbewegung den Weltkrieg der Großindustrie einer kurzen Würdigung unterzogen hatte, ging er kurz auf den Streit zwischen den „Berlinern“ und den christlichen Gewerkschaften ein. Er fragte: Wie steht's damit? Es wurde und wird so unendlich viel darüber geredet, daß man am besten von all dem überhaupt nichts glaubt. „Reinertwegen soll man machen, was man Lust hat, wir machen, was wir Lust haben.“ Die Mehrzahl der deutschen Bischöfe steht auf unserer Seite. Die Lage des Berliner Verbandes ist jämmerlich. Erst jüngst hat er etwa 6000 Mitglieder verloren. Die Kassen trachen. Eine Verständigung, so sehr sie zu wünschen wäre, ist deshalb unmöglich, weil sich hier zwei grundverschiedene Auffassungen entgegenstehen. Die Berliner wollen eine konfessionelle, wir eine interkonfessionelle Organisationsform. Die Zusammensetzung unseres Volkes bildet keine konfessionelle Scheidung auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem ist die Macht der Kirche hier sehr gering. Sie hat zwar Lehrgewalt, aber ihr fehlt die Möglichkeit, ihre Anschauungen durchzusetzen, ihr fehlt nach dem Ausspruch eines deutschen Bischofs der Gerichtsvoßzuber. Die konfessionelle Trennung darf nicht ins Extreme getrieben werden. Das verbietet unsere volkswirtschaftliche Stellung, das verbieten auch praktische Erwägungen der Gewerkschaftspolitik. Denn Deutschland hat neben Amerika die größten Kapitalkonzentrationen, es hat die stärksten Arbeitgeberverbände und endlich die geschlossenste Sozialdemokratie. Wollen wir also auf der einen Seite gegen über den Unternehmern, auf der anderen gegenüber der Sozialdemokratie zur Geltung kommen, dann müssen konfessionelle Scheidungen im wirtschaftlichen Leben scheitern. Ein weiterer Unterschied zwischen Berlinern und christlichen Gewerkschaften besteht in sozialwirtschaftlicher Hinsicht. Der Grundsatz der ersteren, daß der Arbeitsvertrag kein Machts-, sondern ein Rechtsverhältnis ist, ist in der Theorie sehr schön. Aber alle Rechtsfragen sind Machtsfragen. Deshalb ist es auch mit der vermittelnden Tätigkeit an Stelle des eventuellen Streiks nichts, weil eine Vermittlung nur dann möglich ist, wenn reale Machtaktoren hinter den Parteien stehen. Und was die Schiedsgerichte mit Verhandlungszwang und rechtsverbindlicher Entscheidung anlangt, so ist es mit diesen auch nicht weit her. Das hat das Schiedsgericht beim Arbeitsgesetze gezeigt. Außerdem haben wir nicht die Aufgabe, später mögliche Staatsordnungen zu erwägen, sondern für die Gegenwart zu arbeiten. Deshalb können wir auf das Mittel des Streiks nicht verzichten. Sollten uns von Rom aus — bis jetzt haben die Berliner mit ihren diesbezüglichen Bestrebungen nichts gemacht — die vierzigsten gemacht werden, so kann man

Bis dato nur ein mehr oder minder negatives Ergebnis erzielt. Und doch darf dieses Ziel, nämlich die ausländischen Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren...

Bei der zurzeit herrschenden Kriegsgefahr am Balkan dürften folgende Ausführungen der Arbeitsmarktkorrespondenz über die Wirkungen eines eventuellen Balkankrieges auf unsere Volkswirtschaft in unserem Kollegenkreise regstes Interesse finden. Sie schreibt:

In den Weltbörsen haben schon die ersten zuverlässigeren Nachrichten über die ernste Lage auf dem Balkan eine bemerkenswerte Verflauung der bisher günstigen Stimmung herbeigeführt. Die Situation ist mindestens ebenso kritisch, wie in den bedenklichsten Momenten der Marokkoaffäre.

Besonders wichtig ist es, zu erfahren, welche Zweige der deutschen Industrie von der Störung des Exports nach dem Balkan am meisten betroffen werden. In erster Linie würde die Ausfuhr des Textilgewerbes und der Metall- und Maschinenindustrie beeinträchtigt werden.

Gerichtliches.

Das Urteil eines Schöffengerichts.

Breslau. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich am Donnerstag, den 19. September, die Zimmerer Schwaner und Schuppe wegen Gewerkschaftswahl zu verantworten. Der Vorfall lag folgendermaßen zu Grunde.

Verantwortlich: ...

würde dann dem Volkszeitungspräsidenten unterbreitet. Auf Grund politischer Feststellung wurden die Zimmerer Schwarzer und Schuppe unter Anklage gestellt. Vor dem Schöffengericht konnte sich jedoch der Polier Richter nicht mehr entsinnen, den Zeugen Hänel, Fischer und Gottschall etwas Derartiges gesagt zu haben.

Aus dem Baugewerbe.

(Wieder hierin keine neuen Bauverträge, sondern nur die Fortsetzung der bestehenden. Einmalige Neuverträge im Baugewerbe sind bis jetzt noch nicht eingeleitet.)

Wittenberg, 26. Sept. Zum Neubau von der Straße von Kow nach Hohen im Kreise Wittenberg gingen acht Offerten ein. Die Eröffnung der Offerten geschah heute morgen 11 1/2 Uhr auf dem Amtszimmer des Kreisbauamtes hier selbst.

sich die Lage in Allenstein, Masuren, Köben u. Braunsberg.

Weniger befriedigend war die Beschäftigung in Wepreußen, wo eigentlich, wie im Juli, nur 60 in Baugewerbe zufriedenstellend beschäftigt war.

Etwas freundlicher war das Bild, das der Baumarbeiter Provinz Posen gewährte. Posen selbst gab verhältnismäßig lohnende Arbeit.

Wie im Vormonat, war auch im August in Schlesien die Marktlage nur wenig einheitlich. Sehr wenig befriedigt war das Baugewerbe in Breslau, Kattow, Schweidnit, Girschberg, Deuthen, Klewitz, Döppeln u. Wrieg.

Bücherchau.

Leitfaden der Bauverbandslehre, Teil IV, Treppen in Stein und Holz. Bearbeitet von Direktor Hirsch, Hienburg, unter Mitwirkung von Professor Direktor Wienkoop, Darmstadt.

Man kann dem Buche in seiner vorliegenden neuen Auflage wieder das frühere Lob spenden; es bringt den Treppenaufbau in so klarer und leicht verständlicher Form unter Beigabe von musterhaften Konstruktionszeichnungen und dekorativen Vorbildern, daß man bei Durchblättern dieses Spezialwerkes seine Freude gegenüber den häufigen Baukonstruktionsbüchern bei dem Studium geradezu eine Wohlthat.

Veranstaltungskalender.

Achtung! Kollegen von Hohenfalza und Umgegend! Am Sonntag, den 13. Oktober, findet im Solale „Hotel International“ um 2 Uhr nachmittags die Generalversammlung statt. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet.

Bekanntmachungen.

Die Adresse des Vorsitzenden der Revision- und Beschwerdekommision ist August Schönefäs, Königsberg i. Pr., Altfädtsche Bergstraße Nr. 50.

Sterbetafel.

Am 26. September starb unser treues Mitglied und Mitgründer unserer Verwaltungsstelle Kollege Aug. Nieweyer an Altersschwäche im Alter von 70 Jahren.

u. Kunsthandl., zunächst in Berlin.